

Roland Sturm

Der Brexit dominiert die Agenda der EU-Politik

Der europäische Integrationsprozess hat seine Anziehungskraft verloren¹

Erstaunen am Morgen des 24. Juni 2016. Beim Referendum über die weitere Mitgliedschaft des Vereinigten Königreiches in der EU votierten 51,9% der Abstimmenden für den Brexit, also den Austritt des Landes aus der EU. 17.410.742 Briten waren der Überzeugung, dass es ihrem Land außerhalb der EU besser gehen wird als beim Verbleib in der europäischen Vertragsgemeinschaft. Dies gelte selbst dann, wenn die Sonderstellung Großbritanniens, die der Regierung Cameron im Vorfeld des Referendums zugestanden wurde², noch deutlich ausgeweitet würde, und das Land sich dem Ziel der europäischen Integration nicht weiter verpflichtet fühlen müsste.

Verantwortlich für die europapolitischen Turbulenzen, die der Brexit auslöste, war auch, die Hilflosigkeit mit der sowohl die EU als auch das Vereinigte Königreich das Ergebnis des Referendums aufnahmen. Trotz aller Beteuerungen, dass der Einschnitt, den der Brexit bedeutet, kein grundsätzlicher sein sollte, wurde deutlich, dass beide Seiten keinen überzeugenden Plan B hatten. Für die EU ist der Austritt des Vereinigten Königreiches ein Novum, aber gleichzeitig auch ein Novum, das sich nicht wiederholen sollte. Diese im Grundsatz von allen 27 Mitgliedstaaten in der Rest-EU geteilte Haltung, ruft logisch eigentlich zum Schulterschluss gegen eventuelle Gefahren auf, die aus dem Brexit folgen. Solidarität der Rest-EU könnte durch einen neuen Solidaritätsschwung dazu beitragen, alte Konflikte in der EU schneller zu lösen. Letzteres war aber nicht der Fall. Zwar waren sich die EU-Mitgliedstaaten einig, dass der Brexit ein Fehler sei, aber der Wille zu einer Wiederbelebung des lange vermissten »europäischen Geistes«, also der Bereitschaft, nationale Abstriche zu machen, um das europäische Projekt voranzutreiben, war nirgends erkennbar. Ja, ob es überhaupt noch ein europäisches Projekt gibt, blieb im Trüben. Was lange als Angelegenheit der britischen Innenpolitik galt (EU, ja oder nein), entpuppte sich als Kollateralschaden auch für den laufenden Politikbetrieb in der EU. Was nicht mehr zu ignorieren war, wurde aber immer noch nicht mit ausreichender Priorität strategisch verarbeitet.

- 1 Dieser Text basiert in wesentlichen Teilen auf einer Skizze zum Thema, die im Nomos Verlag als Beitrag zum Jahrbuch des Föderalismus 2016 erschien.
- 2 Vgl. Waldemar Hummer, »Konsequenzen der Zusagen an das Vereinigte Königreich zur Abwehr eines Brexit« in: *Integration* 39 (2), 2016, S. 144–157.

DOI: 10.5771/0044-3360-2016-4-398

1. Der große Wurf: Die Vereinigten Staaten von Europa

Nachdem mit dem Vereinigten Königreich der wichtigste Gegner von »mehr Europa« das politische Spielfeld verlassen will, lag es beispielsweise nahe, das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa mit Leben zu füllen. Jedoch die europäischen Föderalisten kamen im Post-Brexit Diskurs kaum vor. Deutsche Politiker wie Wolfgang Schäuble oder Ursula von der Leyen hielten zwar grundsätzlich an der Vision des geeinten Europa fest – wollten aber auch als Reaktion auf die Brexit-Entscheidung diese nicht zur Priorität machen. Nach Wolfgang Schäuble ging es jetzt darum, die willigen EU-Staaten bei Einzelprojekten zusammenzuführen – mehr nicht.³ Die Brüsseler EU-Vertreter, allen voran Jean-Claude Juncker und Martin Schulz⁴, sahen hingegen weiterhin in der Herausbildung einer echten europäischen Regierung und eines starken europäischen Zwei-Kammer-Parlaments mit erweiterten Kompetenzen das »Gegengift« gegen europäische Missverständnisse und gegen die ungenügende Umsetzung der Vorteile der europäischen Integration, zum Beispiel durch eine europäische Haushaltspolitik, auch wenn Juncker einräumte, diese Idee könne jetzt nicht umgesetzt werden, denn sie »passt nicht in unsere Zeit«. Das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa provozierte neue Bruchlinien zwischen denjenigen, die dieses jetzt, später oder nie erreichen wollen. Überdeckt wurden diese Bruchlinien beim EU-Gipfel Ende Juni 2016 mit der Formel, es gehe nicht um mehr oder weniger Europa, sondern um ein besseres Europa.⁵

Der strategische Konflikt zwischen Brüssel als Promotor des Vereinigten Europas und den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die ungelöste Frage der Finalität der europäischen Integration wurde auch zu einem interinstitutionellen Konflikt. Die Kommission setzte sich gegen den Europäischen Rat nicht durch, der vor allem Abwarten empfahl, denn ein Austrittsbegehren des Vereinigten Königreichs liege ja offiziell nicht vor. Einigen konnten sich beide Institutionen nur darauf, nicht in die von den Briten aufgebaute strategische Falle zu laufen, und schon vor dem Vorliegen des britischen Austrittsbegehrens informelle Kompromisse mit dem Vereinigten Königreich zu schließen. Ob der Versuchung widerstanden wird, ist allerdings offen. Die britische Seite bietet inzwischen Gespräche über eine Art »code of conduct« an⁶, der die technischen Eckpunkte und das Verhalten des Vereinigten Königreichs in der Übergangsperiode innerhalb der EU regeln soll. Dies ist eine Hintertür, um aus den fließenden Übergängen von technischen zu inhaltlichen Fragen bereits Positionsgewinne für das Vereinigte Königreich zu generieren. Und es ist höchst wahrscheinlich, dass die EU sich auf diesen diplomatischen Schachzug des UK einlässt. Clemens Fuest hält die selbst organisierte Schwächung der EU-Verhandlungsposition gar für unumgänglich,

3 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. Juli 2016, S. 1 sowie *Der Spiegel* vom 2. Juli 2016, S. 13.

4 Vgl. Spiegel-Interview vom 9.7. 2016, S. 30-33. Vgl. auch Martin Schulz, »Mit Herzblut und Leidenschaft« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. Juli 2016, S. 6.

5 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. Juni 2016, S. 1.

6 *Financial Times* vom 21. Juli 2016, S. 5.

weil Härte den »Zerfall der EU beschleunigen«⁷ würde. Seine Begründung, dass eine unfreundliche EU negative Rückwirkungen auf das EU-interne Image haben wird, überzeugt aber nicht unmittelbar.

Politisch zeichnete sich ab, dass das engere Zusammenwirken der EU-Staaten (und dass war wohl so etwas wie ein Plan-B der Kommission) auf jenen Gebieten vorangerieben werden sollte, die möglichst vielen Mitgliedstaaten unmittelbar einleuchten, wie bei der Beschaffung von Rüstungsgütern (Kostensparnis), der Verteidigungspolitik oder der Terrorismusbekämpfung. Damit wird aber die EU nicht zusammengeführt, sondern es entsteht eine EU der Blockbildungen. Denn scharft man Interessenten an bestimmten Themen um sich, fördert dies die Versäulung der EU und nicht deren Einheit. Blöcke gibt es hinsichtlich der ungelösten Flüchtlingsfrage (Viségard-Staaten, z.B.), hinsichtlich der ungelösten Staatsschuldenkrise (Südländer, einschließlich Frankreich) oder hinsichtlich der Haltung gegenüber Russland (baltische Länder und Polen). Dies ist aber nicht das Kerneuropa, wie immer wieder behauptet wird,⁸ auch nicht das Europa mehrerer Geschwindigkeiten, sondern ein Europa das sich nach Interessen desintegriert, weil die Blöcke in keinerlei Verhandlungsprozess zueinander treten, um insgesamt für europäischen Integrationsfortschritt zu sorgen. Kollektives Rosinenpicken widerspricht fundamental der Idee eines geeinten Akteurs EU auf der Weltbühne. Die Blöcke sind keine Avantgarde des europäischen Projekts, sondern Rückzugsinseln in wichtigen Fragen. Die Viségard-Staaten haben dies besonders deutlich gemacht. Aus Furcht vor einem föderalen Europa forderten sie den Rücktritt des Kommissionspräsidenten Juncker.⁹ Sie wollen in der EU bleiben, beharren aber auf einer EU-pessimistischen Haltung. Ihr Europeanarrativ lautet inzwischen, wir sind gegen den Zerfall der EU, den sie nach dem Modell des Zerfalls des Sowjetimperiums am Horizont aufscheinen sehen, aber gleichzeitig muss die deutsche Vorherrschaft bekämpft werden.¹⁰ Die EU ist ein entleertes Zeichen geworden. Sie steht nicht mehr (falls das überhaupt je der Fall war) für eine verbindende handlungsleitende Vision, sondern für über nationale Fähigkeiten hinausreichende Vorteilsinseln. Das Trennende ist außerhalb des Vereinigten Königreichs auch in den anderen 27 Mitgliedsländern klar erkennbar, aber noch nicht gewichtig genug, um das Gewachsene in Frage zu stellen.¹¹

7 Clemens Fuest, »Den Brexit-Schaden begrenzen« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. Juli 2016, S. 20.

8 So z. B. der nordrhein-westfälische CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet in: *Der Spiegel* vom 9. Juli 2016, S. 24.

9 Vgl. *Financial Times* vom 1. Juli 2016, S. 2.

10 Vgl. Ivan Krastev, »Pessimists hold the key to Europe's future« in: *Financial Times* vom 26. August 2016, S. 8.

11 Vgl. Josef Joffe, »Convenience, not common culture, holds Europe together – just« in: *Financial Times* vom 27./28. August, S. 7.

2. Die instabile innere Architektur der EU

Der Brexit bringt die machtpolitische Struktur der EU ins Wanken.¹² Vielleicht hätte ein funktionierendes deutsch-französisches Tandem dies überspielen können – aber Frankreich trennt im Augenblick vor allem in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik mehr von Deutschland als dass beide Länder eint. Italien und Spanien fallen ebenso wie Frankreich wegen ihrer ökonomischen Probleme als Integrationsavantgarde aus. Deutschland wurde schon in der Vergangenheit als »Hegemon wider Willen«¹³ bezeichnet. Französisch-italienische-deutsche Gipfeltreffen übertünchen nur das Fehlen eines echten Ersatzes für den EU-Führungsstaat Großbritannien. Nun schält sich ohne deutsches Zutun erneut diese deutsche Rolle zwischen Dominanz und Pflicht heraus. Wir leugnen gerne, so wurde behauptet, unseren Einfluss in der EU, scheuen die Rhetorik nationalen Interesses und sind mehr als zurückhaltend, wenn es um das Besetzen von EU-Schlüsselpositionen geht. Ob das in der Zukunft durchzuhalten ist, wird man sehen. Nicht zufällig führte die erste offizielle Auslandsreise der neuen britischen Premierministerin Theresa May nach Berlin, und Norbert Röttgen, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, meinte unmittelbar nach dem Brexit, Deutschlands Führungsrolle beim Zusammenkehren der Scherben hervorheben zu müssen.¹⁴ Nicht die Kommission machte sich auf den Weg zu Gesprächen in den EU-Hauptstädten, um eine gemeinsame Position zum Brexit und danach zu diskutieren, Angela Merkel startete eine Rundreise.¹⁵ Wer sonst, könnte man fragen. Gideon Rachman hat das Dilemma auf den Punkt gebracht: »Merkel is indispensable but insufficient.«¹⁶ Irgendwie musste sie handeln, aber von vorneherein war klar, das kann nicht reichen.

Instabilität in der europäischen Architektur erzeugt aber nicht alleine die Ressourcenfrage bzw. ökonomischer Erfolg oder Misserfolg einzelner Mitgliedstaaten. Instabilität entsteht auch dadurch, dass der Brexit lose informelle Koalitionen in der EU schwächt. So war das UK quasi der Sprecher für die Rechte der Nicht-Euro Länder in der EU. Mit dem Vereinigten Königreich repräsentierten die Länder außerhalb des Euros 40 Prozent des BIP der Euroländer, ohne UK nur noch eine Größenordnung von 16 Prozent des BIP der Euroländer.¹⁷ Jetzt können sie kaum mehr innerhalb der EU ihre Gruppeninteressen erfolgreich artikulieren. Der Deal von David Cameron zur Vermeidung des Brexits hätte von den nicht-EU-Staaten zudem den Druck genommen, den Euro übernehmen zu müssen – denn in der Vereinbarung wurde ja aner-

12 Vgl. Mark Mazower, »Europe faces a perilous and uncertain future« in: *Financial Times* vom 1. August 2016, S. 9.

13 So Christoph Schönberger, »Hegemon wider Willen. Zur Stellung Deutschlands in der Europäischen Union« in: *Merkur* 66 (2012), S. 752–763, hier S. 752.

14 Vgl. Norbert Röttgen: Let Germany put broken Europe back together, in: *Financial Times* vom 27. Juni 2016, S. 11.

15 Vgl. *Financial Times* vom 27./28. August 2016, S. 8.

16 Gideon Rachman, »Merkel is indispensable but insufficient« in: *Financial Times* vom 30. August 2016, S. 9.

17 *Financial Times* vom 22. Juli 2016, S. 4.

kannt, dass die EU mehrere Währungen kennt. In Zukunft wird nur noch Dänemark von der Verpflichtung zur Einführung des Euro befreit sein. Unmittelbar nach dem Referendum kündigte Kommissionspräsident Juncker an, man müsse einer EU mit multiplen Währungen ein Ende bereiten.¹⁸ Der polnische Außenminister Witold Waszczykowski hat deshalb die Perspektive der Euro-Einführung einige Tage nach dem Referendum als Desaster für die polnische Wirtschaft bezeichnet.¹⁹

Je mehr Gemeinschaftlichkeit in der EU als Oktroi empfunden wird bzw. als ideologische Inflexibilität, desto mehr wird aus der EU-Politik informelle Politik mit einem Implementationsproblem. Als Lösungsweg wurde deshalb die Überprüfung von Integrationsentscheidungen nahegelegt: »Die Rückübertragung von Kompetenzen an die Nationalstaaten, wo es sinnvoll ist, und ein größerer Einfluss der nationalen Institutionen, vor allem der Parlamente, sind viel zu lange als europapolitischer Sündenfall betrachtet worden. Der Maßstab der Europapolitik kann nicht mehr sein, dass möglichst viel vergemeinschaftet wird.«²⁰ Die deutsche post-Brexit Praxis, durch Verstärkung bilateraler Konsultationen in der EU bzw. durch das »Herbeiwünschen« neuer EU-Führungsmächte (Deutschland mit Italien und Frankreich) die EU zu stabilisieren, hat eine ungewisse Zukunft. Einerseits bestärkt der deutsche Unilateralismus das Problem der »Hegemonialmacht Deutschland« und zum anderen können weder Frankreich noch Italien wie das Vereinigte Königreich überzeugend mit Eigengewicht handeln. Kurzfristig schon gar nicht, zumal man fragen könnte, warum bei den deutsch-italienisch-französischen Gipfeltreffen nicht auch Spanien und Polen dabei sind. Wie handlungsfähig ist Frankreich, angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen 2017? Wie stabil ist Italiens Rolle in der EU, wenn nicht sicher ist, ob die Regierung Matteo Renzi das im Dezember 2016 terminierte Verfassungsreferendum politisch übersteht und alle anderen wichtigen Parteien in Italien, sich zur EU-Gegnerschaft bekennen?

3. »Brexit means Brexit« (Theresa May)

Die hier skizzierte EU-Sicht auf den Brexit macht deutlich, dass in der europäischen Öffentlichkeit gerade jene Wahrnehmungen weiter dominieren, die auch schon in der Vergangenheit zu einem mangelnden Verständnis der britischen Position geführt hatten. Ernsthaft wurde darüber diskutiert, ob es vielleicht noch Wege gebe, den Brexit rückgängig zu machen. Geradezu den Ansprüchen an demokratisches Entscheiden entgegenstehende Strategien, wie die Wiederholung des Referendums mit Verweis auf Mehrfachreferenden in Irland, wurden diskutiert. Großbritanniens Verfassungsrealität steht solchen Manipulationen diametral gegenüber. Die britische Parlamentsouveränität kennt de jure nur konsultative Referenden – nichts und niemand kann das britische Parlament binden. De facto hat sich im Vereinigten Königreich aber längst eine Refe-

18 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27.6. 2016, S. 17.

19 Ebda.

20 Nikolas Busse, »Gegen die europapolitische Orthodoxie« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. Juni 2016, S. 1.

rendumskultur herausgebildet, die immer beinhaltete, dass Referenden letztentscheidend sind. Wer das nicht wusste, hätte nur der Rücktrittsrede David Camerons am 24. Juni 2016 genau zuhören müssen. Er sagte gleich zu Beginn seiner Rede: »We not only have a parliamentary democracy, but on questions about the arrangements for how we've governed, there are times when it is right to ask the people themselves and that is what we have done. The British people have voted to leave the European Union and their will must be respected.«²¹

Hinzu kommt die britische Tradition, gerade größte Herausforderungen anzunehmen und zu versuchen, daraus das Beste zu machen. Man muss nicht gleich an den Zweiten Weltkrieg denken, vielleicht aber doch an Winston Churchills machtpolitisch pragmatischen Umgang mit der europäischen Einigung. Erst in der britischen Wirtschaftskrise der 1970er Jahre schien der EG-Beitritt »alternativlos«. Heute ist das Vereinigte Königreich aus eigener Sicht wirtschaftlich attraktiv (deshalb die vielen EU-Einwanderer) und kann mit Selbstbewusstsein einen neuen Kurs ohne die EU steuern. Seriöse Ökonomen sehen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die Brexit-Entscheidung mit sich bringen kann. Um nur eine Stimme aus der Presse zu zitieren, die den Konsens zusammenfasst: »The process of unravelling four decades of political and economic integration will be complex, costly and frequently bad-tempered. The Britain that emerges will be weaker economically and have a smaller footprint internationally.«²²

Dieser post-Brexit Realismus bestimmt aber nicht den innenpolitischen Diskurs, zumal die große Krise bisher ausblieb.²³ Schon schreiben die pro-Brexit Blätter (und nicht nur die Massenpresse) ein neues Narrativ. Auf der ersten Seite des Daily Telegraph vom 21. Juli 2016 lautete die Schlagzeile »Economy defies Brexit doubters«, und am gleichen Tag titelte der Daily Express: »Britain Booms After EU-Vote. Ignore the doom-mongers ... It's good news all round.« Zum Pragmatismus der Problembewältigung gehört auch das Schaffen eines Brexit-Ministeriums und eines Ministeriums für internationale Handelsbeziehungen. Schon unmittelbar nach dem Referendum schickte die Regierung Cameron Emissäre nach Indien, um dort neue Handelsbeziehungen aufzubauen. Die EU scheint die Entschlossenheit der britischen Regierung, den Brexit zu einem Erfolg zu machen, zu unterschätzen.

4. Was steht zur Verhandlung?

Genauer werden wir wohl erst Anfang 2017 wissen, wenn die britische Regierung ihre Verhandlungsvorbereitungen abgeschlossen hat. Zwei große Rätsel gibt es angesichts britischer Zielvorstellungen schon heute. Erstens: Der volle Zugang zum Bin-

21 BBC. Vgl. auch Roland Sturm, *Das politische System Großbritanniens*, 2. Aufl., Wiesbaden 2016.

22 Philip Stephens, »May (and Merkel) should play Brexit long« in: *Financial Times* vom 15. Juli 2016, S. 7.

23 Vgl. Julia Löhr, »Ein Hoch auf die britische Wirtschaft« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. Juli 2016, S. 22.

nenmarkt soll gewährleistet bleiben bei gleichzeitigem Verbot der Zuwanderung von EU-Bürgerinnen und Bürgern ohne besondere Erlaubnis. Theresa May hat sich auf einen Kontrolle der Zuwanderung festgelegt. Aus EU-Sicht ist beides gleichzeitig nicht denkbar, aus britischer Sicht meint man, eine Lösung finden zu können. Schon heute denkt die französische Regierung daran, bei Einschränkung der Freizügigkeit nicht länger ein Grenzregime für das UK in Calais aufrechterhalten zu wollen. Aber inzwischen finanziert die britische Regierung Grenzzäune in Calais. Weder das Modell Norwegen, noch das Modell Schweiz für die Zusammenarbeit mit der EU erlauben den Zugang zum Binnenmarkt ohne die Arbeitnehmerfreizügigkeit als eine der vier Freiheiten des Binnenmarktes zu gewähren. Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel bei Ihrer Position bleibt, gilt: »Freien Zugang zum Binnenmarkt bekommt der, der die vier europäischen Grundfreiheiten akzeptiert.«²⁴ Welches Modell hat die britische Seite vor Augen? Möglicherweise doch den Austritt aus dem Binnenmarkt?, wie der frühere Schatzkanzler Nigel Lawson vorschlägt.²⁵

Zweitens: Die erste Reise der neuen britischen Premierministerin Theresa May führte sie nicht ins Ausland, sondern nach Schottland. Hier versprach sie die schottische Regierung (wie auch die anderen Regionalregierungen) in die Brexit-Verhandlungen mit der EU miteinzubeziehen. Sie wolle sich um ein Modell bemühen, dass Schottland als Teil des UK erlaube, in der EU zu bleiben. Auch hier bleibt der Betrachter etwas ratlos zurück. Die Sonderstellung der Faroer-Inseln und Grönlands, die aus der EU austraten, während ihr Mutterland Dänemark in der EU blieb, kann kaum als Vorbild für das Vereinigte Königreich, wenn Landesteile statt auszutreten in der EU bleiben wollen. In Schottland wird heftig über ein zweites Unabhängigkeitsreferendum spekuliert, das Teil der Agenda der SNP-Minderheitsregierung ist. Gleichzeitig warnt die schottische Regierung vor übereilem Handel. Auch hier werden die nächsten Jahre erst zeigen, welche Präferenz die Mehrheit der schottischen Bevölkerung hat, und ob das Westminster Parlament überhaupt bereit ist, durch eine entsprechende Gesetzgebung, ein zweites Unabhängigkeitsreferendum zu erlauben.

Zusammenfassung

Der Brexit führte nicht, wie es die Befürworter der europäischen Integration und insbesondere die Brüsseler Institutionen erhofften, zu einer Solidarisierung der Rest-EU und einer Neubelebung des »europäischen Geistes«, sondern er erhöhte die Instabilität des europäischen Konstruktes. Deutschland übernahm die Rolle des post-Brexit Managers der EU, was die ungeliebte Hegemoniezuschreibung zu bestätigen scheint, aber gleichzeitig als Strategie zum Scheitern verurteilt ist, weil kein Mitgliedstaat bereit ist, deutsche Leitlinien in allen Aspekten zu akzeptieren. Ein defensiver Nationalismus ist

24 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. Juni 2016, S. 17. So auch der belgische Premierminister Charles Michel im Interview mit der *Financial Times* vom 8. Juli 2017, S. 3.

25 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. Juli 2016, S. 16.

das Modell EU-interner Zusammenarbeit, ohne positive Vision für Europa. Ungeklärt bleibt das künftige Verhältnis EU-UK.

Summary

Brexit did not result in, as the supporters of European integration (and especially the representatives of EU-institutions had hoped), greater solidarity among the members of the rest of the EU. The European spirit did not experience a revival. But the instability of the European political architecture increased. Germany felt obliged to become the post-Brexit manager of EU affairs. This seems to confirm the assumption that Germany is the unenthusiastic hegemon in the EU. Germany's leading role may be unavoidable, as a strategy it must fail, because no other member state feels comfortable with all German ideas. What we observe is a defensive nationalism that dominates cooperation inside the EU, what is missing is a positive vision for the EU. Still open is the future EU-UK relationship.

Roland Sturm, At the Top of the EU's Agenda Is, How to Cope with Brexit? The Process of European Integration Has Lost Its Charmes